



Nr. 140 / 04.03.2022

## Endlich hilft auch Deutschland der Ukraine

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die aktuellen Ereignisse in der Ukraine sind für uns alle schwer zu ertragen. Jetzt tobt ein grausamer Krieg in Europa, gerade einmal zwei Flugstunden von uns entfernt. Die Bilder, die uns erreichen, sind erschreckend, sie machen Angst. Die Situation macht uns wütend und ratlos zugleich.

Der vom russischen Präsidenten Wladimir Putin befohlene Überfall auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf einen souveränen Staat. Wir trauern mit den Familien um die Opfer; es gibt bereits viele Tausend Tote. Millionen Menschen wurden zudem von einem Tag auf den anderen ihrer Träume und einer friedlichen Zukunft beraubt. Umso bewundernswerter sind der Mut und der Willen dieses Volkes, um seine Freiheit zu kämpfen.

„Unsere größte Bewunderung und unser größter Respekt gilt dem frei gewählten Staatspräsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj“, hat unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz in einer herausragenden Rede betont. „Diesen mutigen Mann, der aus einer jüdischen Familie stammt, als drogenabhängig und als Nazi zu diffamieren, wie es der russische Präsident in dieser Woche getan hat, zeigt ein Ausmaß an Niedertracht und Menschenverachtung, wie wir es in den letzten Jahrzehnten auf diesem Kontinent nicht erlebt haben.“ Zu lange hatte man – vergeblich – gehofft, Putin würde schon noch zurückrudern. Doch „aus diesem ‚lupenreinen Demokraten‘, der er nie war, ist nun endgültig und für alle Welt sichtbar ein Kriegsverbrecher geworden“, brachte es Friedrich Merz bei der Sondersitzung des Bundestages am Sonntag auf den Punkt.

Die klaren Ankündigungen von Bundeskanzler Scholz lassen endlich nicht mehr länger an Deutschland zweifeln. Noch bis Samstag war Deutschland dank der zaudernden „Ampel“-Koalition isoliert: Sie bremste als letztes EU-Land beim Thema SWIFT-Ausschluss, hat Deutschland mit der Ankündigung, statt Waffen zur Verteidigung nur 5.000 Helme liefern zu wollen, lächerlich gemacht – und Forderungen nach der Aufgabe von NordStream 2 lange ignoriert. 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr zusätzlich zur Verfügung bekommen, zudem sollen richtigerweise künftig mehr als zwei Prozent des Bruttosozialprodukts in die Verteidigung fließen.

Die SPD, die bis Sonntag noch viele „Putin-Versteher“ in den eigenen Reihen hatte, war es, die sich in all den Jahren der Großen Koalition stets gegen die Erfüllung des 2 %-Ziels der NATO und z.B. gegen die Anschaffung von bewaffneten Drohnen zum Schutz der Bundeswehrsoldaten gewehrt hat. Das muss man sich mal vorstellen: Niemand geringeres

als der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich hatte sich noch am Samstag, also einen Tag vor der Sondersitzung, gegen höhere Verteidigungsausgaben in Deutschland ausgesprochen! Die Regierung hat am Wochenende eine komplette Kehrtwende vollzogen. Das kommt spät, aber hoffentlich noch nicht zu spät für die Ukraine.

Herzlichst

Ihr  
Alexander Hoffmann, MdB